Ausgabe 01/2021

DER STEIGER

Ihre AfD-Stadtratsfraktion informiert

DER STEIGER kommt
jetzt auch als Webseite

von Marko Winter (Fraktionsvorsitzender)

Glück Auf, liebe Freibergerinnen und Freiberger, DER STEIGER kommt - jetzt auch ONLINE unter der Webseite ***steiger-freiberg.de***.

DER STEIGER, so haben wir die Fraktionszeitung der AfD-Stadtratsfraktion genannt. Auf dieser Webseite werden aktuelle Infos über Freiberg und unsere Arbeit im Stadtrat angeboten.

Corona-Politik reißt tiefe Löcher in den Stadthaushalt

von Ronny Mildner (Stadtrat) und Marko Winter (Fraktionsvorsitzender) v.l.n.r.

In der Märzsitzung 2021 beschloss der Stadtrat das Mittelfristige Investitionsprogramm (MIP) bis zum Jahr 2025. Es bildet die Grundlage für den Doppelhaushalt der Stadt Freiberg für die Jahre 2021/2022. Dabei ist sicher, dass die Corona-Politik verheerende Schäden in den Stadtfinanzen hinterlassen wird. Die gesellschaftlichen Schäden der Corona-Politik erstrecken sich inzwischen auf alle Lebensbereiche: persönliche, soziale und wirtschaftliche. Ganze Wirtschaftszweige kämpfen ums Überleben. Gewerbetreibende in Gastronomie und Hotelgewerbe, im städtischen Einzelhandel und zahlreiche andere Dienstleistungsbetriebe sind unmittelbar betroffen. Aber auch vordergründig unbeteiligte Branchen, werden durch unsinnige Verbote mit hineingezogen, wie das kurzfristige Verkaufsverbot von Feuerwerkskörpern zeigte. Der Rückgang der Steuereinahmen ist eine der Hauptfolgen der aktuellen Krisenpolitik. Selbst Unternehmen in einem grundsätzlich intakten Marktumfeld kämpfen mit erhöhten Kosten

und damit einem Rückgang des Gewinns, welcher die Steuergrundlage bildet. Andererseits sind die Profiteure der Krise, exemplarisch seien die US-Konzernriesen Amazon und McDonald's genannt, sehr „flexibel“ bei der Vermeidung von Steuern. Verringerte Steuereinnahmen treffen besonders Städte und Gemeinden hart. Ihre eigene Steuerbasis ist im Wesentlichen auf die Gewerbesteuer und den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer beschränkt. Mit jedem insolventen lokalen Unternehmen wird diese Basis schmaler. Zudem wird sich die hohe Zahl an Kurzarbeitern direkt in einem Rückgang der Einkommenssteuer niederschlagen. Ebenso wichtig wie Steuereinnahmen sind für städtische Haushalte Zuweisungen und Fördermittel aus Bundes- und Landesprogrammen, z.B. für die zentrale Staatsaufgabe Straßenbau. Gerade im MIP sind diese Mittel unabdingbar, um solche Baumaßnahmen überhaupt darstellen zu können. Es bleibt abzuwarten, wo hier in den nächsten Jahren Schwerpunkte gesetzt werden. Die durch die Sächsische Staatsregierung geplanten Einsparungen im Bereich der Straßenbauförderung lassen diesbezüglich nichts Gutes erahnen. Diese unverschuldete Verschlechterung der Finanzlage trifft auch die Stadt Freiberg. Um sinnvolle Investitionen durchführen zu können, ist der Verbrauch der vorhandenen Rücklagen und die Aufnahme neuer Schulden in Zukunft unvermeidlich. Insbesondere das regionale Baugewerbe braucht hier Planungssicherheit. Einmal mehr zeigt sich: Nicht das Corona-Virus, sondern fortgesetzte politische Fehlentscheidungen auf Bundes- und Landesebene haben die derzeitige gesellschaftliche Krise verursacht. Dieses Verhaltensmuster ist insbesondere bei der amtierenden Kanzlerin leider nicht zum ersten Mal sichtbar. Wer erinnert sich nicht an die Asylkrise 2015?

steiger-freiberg.de
INFORMATIONEN TÄGLICH AKTUELL

Unkontrollierte Einwanderung schadet Herkunftsregionen sowie dem eigenen Land

von Mathias Stahl (Stadtrat)

In der Sitzung Ende Januar war der Stadtrat mehrheitlich der Meinung, keine Minderjährigen aus Flüchtlingslagern Griechenlands zusätzlich aufnehmen zu wollen und beschloss seine Nichtzuständigkeit. Wir vertraten zudem den Standpunkt, dass in Deutschland dringend von Symptombehandlung auf Problemlösung umzuschwenken sei. Hoher Bevölkerungszuwachs und unzureichende Verwaltung desselben bilden wichtige Faktoren von Migration: Verteilungskonflikte bzgl. Ernährung, Wasser, Gesundheit, Bildung brechen auf mit Folge wachsende Aggression. Mitte 2015 lebten z.B. in Afrika ca. 1,2 Milliarden Menschen. 2050 sollen es ca. 2,5 Milliarden sein. Entwicklungspolitik zementiert eher diese Strukturen als das sie wirklich hilft. Wie bringt man nun Bevölkerungswachstum und ökonomische Entwicklung in Einklang, so dass der Wunsch nach Auswanderung gar nicht erst aufkommt? Durch Soziale Medien wird z.B.

in Afrika verfolgt, dass Politik und Medien einseitig die Ansicht vertreten, Deutschland brauche junge Arbeitskräfte. Derartige Diskussionen erhöhen die Anziehungskraft des Landes. Es sind jedoch zunehmend Ansichten aus Afrika vernehmbar, dass durch Abwanderung der Jugend dort die betreffenden Heimatländer Entwicklungschancen verlieren. So äußerte sich die äthiopische Präsidentin Zewde kürzlich in einem Interview: *„ ... es ist klar, dass wir unsere Jugend nicht verlieren dürfen, … Wir müssen die Ursachen angehen, anstatt uns nur um die Symptome zu kümmern. … Solange wir die Lebensverhältnisse vor Ort nicht verbessern, werden noch mehr Menschen nach Europa fliehen wollen.“* Kanzler Kurz bestätigte im gleichen Interview gleichlautende Aussagen anderer afrikanischer Staatschefs: *„Hört auf mit eurer Politik der offenen Grenzen in Europa. Das motiviert die afrikanische Jugend nur noch mehr, überhaupt erst aufzubrechen.“*

Quellen: https://www.bild.de/bild-plus/politik/ausland/politik-ausland/interview-mit-aethiopiens-praesidentin-zewde-und-oesi-kanzler-kurz-59242534,view=conversionToLogin.bild.html
https://twitter.com/joestel_uwe/status/1347343355978645507

Mit der Ablehnung einer Aufnahme ist ein erster kleiner Anstoß Richtung sachgerechter Realpolitik getan. Mit der Einstellung unkontrollierter Zuwanderung nach Deutschland sowie einer Anpassung von Entwicklungspolitik käme man afrikanischen Forderungen entgegen.

Neue Polizeiverordnung der Stadt Freiberg

von Andreas Krause (Stadtrat)

Anmeldepflicht für Lampionumzüge, Wildtierfütterungsverbot, und das Verbot von Bürgerstreifen, das sind Überraschungen, welche die am 28. Januar mehrheitlich vom Freiberger Stadtrat beschlossene Neufassung der Polizeiverordnung für den Bürger bereit hält. Gegenstimmen zu dieser Verordnung kamen fast ausschließlich von unserer AfD-Fraktion.

Es drängt sich der Eindruck auf, dass die neu gefasste Verordnung den derzeitigen Zeitgeist einer Verbotskultur in unserem Deutschland widerspiegelt und nunmehr auch die Freiberger Stadtverwaltung zur Überregulierung neigt. Sind das Tierfütterungsverbot durch Hygienebestimmungen und die Genehmigungspflicht von Lampionumzügen durch eventuelle Brandgefahren noch einigermaßen herzuleiten, spiegelt das Bürgerstreifenverbot im neu eingefügte § 10 Abs. 2 die derzeitige Übergriffigkeit der Politik auf die Grundfreiheiten der Bürger wider. Ein in der Bevölkerung schwindendes Sicherheitsgefühl hatte in der Vergangenheit in verschiedenen Städten zur Bildung von solchen Zusam-

menschlüssen geführt, welche in Freiberg als "Friedeburger Hunde-Runde" der Öffentlichkeit bekannt wurde. Diesen Bürgerstreifen wird nun im neu eingefügten Abschnitt der Polizeiverordnung ein Riegel vorgeschoben. Den Verantwortlichen im Ordnungsamt ist dabei offensichtlich bekannt, dass unsere Bürger im Rahmen derzeit bestehender Gesetze handeln. Begründet wurde der neu eingefügten Abschnitt damit, dass dessen Aufnahme auf Anregung der Polizei erfolgt. Diese hatte mehrfach festgestellt, dass Bürgerstreifen im Stadtgebiet von Freiberg unterwegs waren und konkrete Regelungen zum Unterbinden derartiger Initiativen gesetzlich nicht bestehen. Derzeit sind es wohl kaum die mit einer Jacke und Hundeleine ausgestatteten "Bürgerstreifen" welche die Sicherheit im öffentlichen Raum beeinträchtigen. Es sind vielmehr "Einwohner", welche auch ohne einheitliche Kleidung als Gruppe auffallen und von denen bekannt ist, dass nicht wenige von ihnen ein Messer in der Tasche griffbereit halten. Eine solche Erfahrung musste im vergangenen Jahr auch ein Fahrzeugführer auf der Anton-Günther-Straße in Freiberg machen. Wie in der Presse berichtet, wurde dieser von einer "Gruppe männlicher Jugendlicher" gestoppt, mit einem Messer bedroht und anschließend auch mit einem Messer verletzt. Der "Buschfunk" brachte es ans Licht, dass es sich bei den in der Presse lückenhaft beschriebenen "männlichen Jugendlichen" wahrscheinlich um eine Gruppe Migranten handelte. In der Abstimmung fanden weder die von der AfD-Fraktion vorgeschlagene Streichung des "Lampionparagrafen" noch der Verzicht auf das "Bürgerstreifenverbot" eine Mehrheit im Stadtrat. Die neue Polizeiverordnung tritt somit voraussichtlich im Juli 2021 in Kraft. Die Stadtverwaltung hat mit diesem Beschluss eine Verpflichtung gegenüber den Bürgern Freibergs übernommen. Wer einerseits Bürgerstreifen polizeirechtlich unterbindet, muss andererseits künftig "liefern" und in verstärktem Maße für Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit sorgen. Wir AfD-Stadträte bleiben an diesem Thema dran.

Herzlichen Glückwünsch
an **Carolin Bachmann** zur Aufstellung als Direktkandidatin für die Bundestagswahl 2021

AfD lässt Service-Mitarbeiter in unserem Krankenhauses nicht im Regen stehen

steiger-freiberg.de - Lesen Sie diesen und den ausführlichen Artikel zur neuen Polizeiverordnung online.

Corona Zitate

20. Februar 2020, Ärzteblatt: "Spahn wünscht sich mehr Mut bei Debatte um Krankenhausschließungen"
März 2020 "Maskenwende des RKI" "...Hingegen gibt es keine hinreichende Evidenz dafür, dass das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes das Risiko einer Ansteckung für eine gesunde Person, die ihn trägt, signifikant verringert ..."
06. April 2020. Die WELT schreibt "Grenzschließung gilt für alle - nur nicht für Asylbewerber"
01. September 2020, Jens Spahn: "Mit dem Wissen heute, das kann ich Ihnen sagen, müssen keine Friseure mehr schließen und kein Einzelhandel".
02. Februar 2021, "Kamera-Liebling" Robert Habeck (Vorsitzender Bündnis90/Die GRÜNEN): "Die Terminvergabe (für die Impfung) hätte besser organisiert werden müssen. Das habe ich in vier Kameras gesagt."

Impressum
Herausgeber: AfD-Stadtratsfraktion der Universitätsstadt Freiberg, Kesselgasse 10, 09599 Freiberg
V.i.S.d.P.: Marko Winter, Redaktion: Andreas Krause, Mathias Stahl, Auflage: 10000, E-Mail: steiger@afd-mittelsachsen.de
Ausgabe 01/2021; Wir weisen darauf hin, dass der Redaktionsschluss für diese Ausgabe am 15.03.2021 war.
Spätere Ereignisse konnten daher nicht mehr berücksichtigt werden. Bildquellen: Fraktionsarchiv, Andreas Krause privat, Markus Gehrke privat, Hengst/Cityfoto Freiberg, Weber/Die Fotomeisterin, www.pixabay.com, www.pexels.com